

5. Deutscher Energiekongress

06.09.2010 in München

30 Minuten

Rede Herr Weil

Vortragstitel:

„Stadtwerke – Ein stabiles Fundament für eine wettbewerbsfähige Energiewirtschaft“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie uns zunächst kurz zurückzublicken. Vor einem Jahr, was war da eigentlich? Da standen wir kurz vor einer Bundestagswahl und wenn ich mich recht erinnere, gab es insbesondere in der Energiewirtschaft eine klare Kritik an der Politik der großen Koalition, dass man nicht zu einer konturierten Entscheidung und nicht zu einer verlässlichen Geschäftsgrundlage kommt. Es gab eine Hoffnung, dass sich das nach den Bundestagswahlen doch ändern möge.

Nach nunmehr einem Jahr beschleicht mich zumindest ein erheblicher Zweifel daran. Im Gegenteil: Wir haben, so ist mein Eindruck heute, mehr Unsicherheit denn je, wie es denn mit der Energiepolitik in Deutschland weitergehen wird. Das kulminiert natürlich in dem großen Streit um die Laufzeitverlängerung. Was ich nicht zuletzt deswegen bedauere, weil eine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken nun wirklich nicht das Einzige ist, was Energiepolitik in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten ausmachen wird. Aber dieses Thema überlagert eben alles und das in einer Situation, die Herr Geldmacher, wie ich finde, in seinen Ausführungen völlig zutreffend als eine geradezu revolutionäre Phase beschrieben hat.

Die Energiewirtschaft steht mitten in einem gewaltigen Umstellungsprozess und die Stadtwerke wollen sich an diesem Umstellungsprozess gerne aktiv und konstruktiv beteiligen; nicht übermütig, aber schon mit einem über die Jahre gewachsenen, gesunden Selbstbewusstsein.

Wir verstehen uns als Partner der Politik und wir sehen uns durch die Entwicklung der vergangenen Jahre durchaus bestätigt. Was ist z.B. seit dem letzten Energiekongress vor einem Jahr hier in München geschehen? Nun, München ist das Stichwort: Die hier residierende Thüga hat mittlerweile ein Stadtwerke-Konsortium übernommen. Sie ist damit der fünftgrößte Energiekonzern, eine große Gemeinschaft, die die Interessen von 100 Stadtwerken bündelt. Es ist weitergegangen mit der Übernahme von Regionalversorgern, wie Wemag und Geso. Das ist sicherlich ein deutliches Zeichen gewesen.

Ein zweites Zeichen: Immer stärker wird in den Rathäusern offenbar klar, dass es durchaus Vorteile hat, wenn man

starke Energieversorger sein Eigen nennen kann, z.B. was Steuern und Arbeitsplätze angeht. Mich überrascht daher nicht, wie sich die Stadtwerke-Landschaft seit einigen Jahren entwickelt: Seit 2007 gibt es bereits 35 neu gegründete oder sich in der Gründung befindende Stadtwerke. Viele Kommunen stehen zudem in den Startlöchern und werden Stadtwerke gründen. Nach meiner Auffassung handelt es sich dabei um die dritte Gründungswelle von Stadtwerken.

Wir befinden uns darüber hinaus in einer Zeit, in der in Deutschland viele, viele Tausend Konzessionsverträge auslaufen. Und das ist oft der Startschuss für die Diskussion, ob entsprechende Aufgaben denn vielleicht nicht doch kommunalisiert werden sollen. Seit 2008 wurden bereits mehr als 3.000 Anzeigen über auslaufende Konzessionsverträge veröffentlicht. Die Zahl neuer Anzeigen wird noch eine ganze Weile hoch bleiben. Und der Trend ist eindeutig: Neben den genannten Neugründungen zählt der VKU bereits mehr als 100 Konzessionsübernahmen durch Stadtwerke. Deswegen werden Sie verstehen, wenn der VKU-Präsident den Eindruck hat, die Dinge laufen in Richtung der Stadtwerke. Wir haben tatsächlich Wasser unter dem Kiel.

Wir haben jetzt also mehr Stadtwerke in Deutschland, vor allem aber mehr selbstbewusste und potente Marktteilnehmer. Einzelnen, aber vor allem auch in Kooperation miteinander. Und insofern sind die Stadtwerke auch ein stetig interessanterer Partner, wenn man versucht zu definieren, wie denn eigentlich die Energieversorgung der Zukunft ausschauen soll.

Neues Energiesystem notwendig

Wir befinden uns in einer Zeitenwende. Das ist in den bisherigen Vorträgen des heutigen Tages hinreichend zum Ausdruck gekommen. Lassen Sie mich nur einige wesentliche Gründe aus meiner Sicht ganz kurz benennen:

1. Der Hunger der Welt nach Energie steigt unaufhörlich. Fossile Ressourcen werden daher knapp, die Preise entsprechend steigen. Der Chefökonom der Internationa-

len Energieagentur, Herr Birol, hat kürzlich in einem Interview gesagt: „75 Dollar kostet das Barrel Öl zurzeit – in Zukunft könnte uns das günstig vorkommen“. Das bringt es auf den Punkt.

Jüngste Schätzungen (US Energy Information Administration) gehen von einem Anstieg des globalen Energieverbrauchs um 50 Prozent in den kommenden 25 Jahren aus. Das alles zeigt einerseits einen überzeugenden Vertrauensbeweis für unseren westlichen Lebensstil, aber gleichzeitig auch eine enorme ökonomische Herausforderung. Bei der hohen Zahl von Energieimporten, die wir in Deutschland zu verzeichnen haben - alleine 84 Milliarden Euro waren es im Jahre 2008 - muss man steigende Preise insofern einkalkulieren. Und deswegen werden wir künftig umso stärker die Frage zu beantworten haben: Wie können wir eigentlich für unsere Volkswirtschaft auf Dauer - mit dem Horizont auf 2050 - tatsächlich wettbewerbsfähige Energiepreise sicherstellen?

2. Wir können uns den massiven Einsatz fossiler Rohstoffe aber auch ökologisch nicht mehr leisten. Man muss jetzt nicht auf die merkwürdige Konzentration von Naturkatastrophen in diesem Sommer rekurrieren, aber es scheint mir mittlerweile nicht mehr wirklich Streitig zu sein, dass wir eine gewaltige Aufgabe miteinander zu lösen haben. Nämlich die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, wenn man nicht wirklich unabsehbare Konsequenzen – nicht in erster Linie für unsere Generation aber für die nächsten -hervorrufen will.

In Deutschland haben wir einen relativ breiten Konsens, dass wir uns dieser Verpflichtung stellen wollen. Wir wollen den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 Prozent bis 2050 reduzieren. Das sind ehrgeizige politische Ziele. Deutschland soll zugleich ein Industrieland bleiben. Das ist die Basis unserer Wertschöpfung und unseres Wohlstands, deswegen heißt das in der Konsequenz: Für den Energiesektor werden 2050 kaum noch Emissionsrechte zur Verfügung stehen, denn der noch erlaubte Ausstoß von Kohlendioxid wird der produzierenden Industrie vorbehalten bleiben müssen.

Ausbau erneuerbarer Energien notwendig

Wir brauchen aus den genannten Gründen bis 2050 eine weitgehende Vollversorgung mit erneuerbaren Energien. Was dann auch wiederum eine erhebliche industriepolitische Chance in sich birgt.

Mit Recht werden die erneuerbaren Energien als wichtigster Wachstumstreiber des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Schließlich hängen an dieser Branche bereits hunderttausende Arbeitsplätze und da wir es mit einem Markt zu tun haben, der weltweit erhebliche Zuwachszahlen aufweisen kann und dies auch für mich auf absehbare Zeit tut. Deswegen handelt es sich um eine echte Chance, das alte deutsche Erfolgsrezept zu wiederholen, hier im Lande Know-how zu erwerben und anschließend in die Welt hinaus zu exportieren. Aber auch bei uns zuhause in Deutschland spielen die Erneuerbaren eine wirklich drastisch zunehmende Rolle.

2009 lagen wir bei mehr als 16 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien. Für 2010 rechnet die Bundesregierung mit über 17 Prozent. Im Jahre 2020, sagt das Bundesumweltministerium, werden es schon fast 40 Prozent regenerativer Strom sein. Erscheint uns das Jahr 2000 so lange her? Mir jedenfalls nicht. 2020 das sind 10 Jahre weiter. Wenn wir uns vorstellen, dass in einer so kurzen Zeit der Anteil der Erneuerbaren nach regierungsamtlichen Prognosen schon bei 40 Prozent liegen wird, dann zeigt das, welche Dynamik dieser Umstellungsprozess aufweist.

Das führt zwangsläufig zu einer anderen Form von Stromversorgung und Stromwirtschaft. Wir haben dann - auch was die Struktur angeht - einen Zeitenwechsel zu verzeichnen.

Welche Auswirkungen hat das auf das klassische Energiesystem?

Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Boston Consulting Group stellt fest, dass Großkraftwerke keine echte Zukunft

haben. Sie passen schlicht ökonomisch nicht in eine Landschaft mit kleinen, intelligent vernetzten Erzeugungsanlagen: Die Zeiten werden seltener, in denen Kraftwerke rund um die Uhr laufen. Mit steigenden Anteilen erneuerbarer Energien nimmt dieses Phänomen zu. Die Erzeugungslandschaft wird - und muss - sich deshalb dramatisch wandeln.

Nicht ganz nebenbei tut der Ausbau erneuerbarer Energien dem Wettbewerb am Energiemarkt gut. Die Großkraftwerke befinden sich in der Hand weniger Unternehmen. Die Eigner regenerativer Anlagen sind hingegen bunt gemischt, insgesamt wiederum deutlich kleiner. Das heißt, wir werden voraussichtlich mehr Marktteilnehmer und viel kleinere Marktteilnehmer sehen, darunter auch Stadtwerke. Denn das Anforderungsprofil, das ich geschildert habe, passt eben insbesondere auf Unternehmen, die dezentral und mittelständisch aufgestellt sind, also das typische Profil eines Stadtwerkes.

Ausbau der Eigenerzeugung durch Stadtwerke

Im Moment halten Stadtwerke mit 13.300 MW einen Anteil von 10 Prozent an der installierten Kraftwerksleistung in Deutschland. Derzeit sind 8.500 MW an Kapazitäten in Bau, Genehmigungsverfahren oder Planung. Deswegen ist es wahrscheinlich nicht zu weit gegriffen, wenn man sagt: Wenn diese Planungen umgesetzt werden, dann wird der Anteil von Stadtwerken an der installierten Kraftwerksleistung von 10 auf 17 bis 18 Prozent innerhalb einer überschaubaren Zeit – sagen wir etwa 10 Jahre – steigen können. Es handelt sich um Investitionen in einer Größenordnung von 12,5 Milliarden Euro. Stadtwerke bringen also den Ausbau klimafreundlicher und dezentraler Erzeugung stark voran.

Emnid-Umfrage

Dieser Umbau des Energiesystems entspricht dem Willen der Bürger! Eine aktuelle repräsentative Umfrage von TNS emnid vom Juni 2010 zeigt das. Demnach wollen neun von zehn Deutschen eine dezentralere und mittelständischere Stromerzeugung. Am besten durch Stadtwerke, so 68

Prozent der Befragten. Sogar 84 Prozent der Bevölkerung fordern zudem mehr Wettbewerb durch eine stärkere Rolle der Stadtwerke. Es ist also interessant zu sehen, dass in der Energiewirtschaft, die sich ja auch immer wieder öffentlicher Kritik stellen muss – zu recht oder zu unrecht, das will ich hier nicht diskutieren – es den Stadtwerken offensichtlich gelungen ist, sich vom Image her ein klein wenig abzukoppeln und als positiver Imagerträger wahrgenommen zu werden. Übrigens, Stadtwerke beteiligen sich nicht nur dezentral, sondern direkt oder indirekt auch an größeren Vorhaben, wie Onshore- und Offshore-Windparks. Auch an dieser Stelle kann man feststellen, dass es sich zunehmend um ein Tätigungsfeld dieser, im Durchschnitt natürlich sehr viel kleineren Unternehmen handelt im Vergleich zu den Verbundunternehmen. Aber auch da gilt der Grundsatz: Gemeinsam ist man stark, auf jeden Fall aber handlungsfähig.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen kleinen Exkurs wagen. Vor zehn Jahren war diese Zukunft der kommunalen Energiewirtschaft in Deutschland überhaupt nicht absehbar. Vor zehn Jahren klingelten eher die Totenglöckchen.

Ganz anders zehn Jahre später:

Mit unserer starken Kommunalwirtschaft ist Deutschland inzwischen sogar Vorbild für Großbritannien, wie ich kürzlich in einer Presseerklärung des britischen Energieministers Chris Huhne gelesen habe. 1989 wurde den britischen Kommunen gesetzlich verboten, selbst Strom zu erzeugen. Aber: Dieses Verbot wurde vor kurzem aufgehoben, von einer konservativ-liberalen Regierung!

Die Begründung dafür ist interessant: Die Regierung habe sich zu lange auf die Energiekonzerne verlassen. Verwiesen wird in der Presseerklärung u. a. auf die Rolle von Kommunen und kommunalen Unternehmen für den Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland. Auch die britischen Kommunen sollen in Zukunft die Energierevolution anführen, wie es weiter heißt.

Das zeigt mir zwei Dinge:

Wenn das Kernland der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen eine Rolle rückwärts macht, dann sollten auch manche deutschen Bundesländer endlich ihre Gemeindeordnungen ändern.

Wir können zudem außerordentlich zufrieden mit den dezentralen, mittelständischen deutschen Strukturen sein. Wie gut, dass es sie gibt! Sie erweisen sich jetzt als Vorteil. Und aus dieser Rolle heraus glaube ich, ist es auch nicht vermessen zu sagen, man sollte die deutschen Stadtwerke mit einbeziehen, wenn es um die Konzepte der deutschen Energiepolitik bis 2050 geht.

Energiekonzept

Damit bin ich dann doch angekommen beim Energiekonzept der Bundesregierung. Und ich will ausdrücklich eines voranstellen: Es ist richtig, dass die Bundesregierung gesagt hat, dass die Perspektive der Energiewirtschaft und Energiepolitik nicht nur bis 2020 reichen kann, sondern dass man bis 2050 denken muss. Vielmehr noch: Vom Ende her denken muss. Denn 2050 soll die weitgehende Versorgung mit erneuerbaren Energien stehen.

Dazu bekennt sich auch der Koalitionsvertrag der Bundesregierung: „Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen.“

Die Frage ist: Wie erreichen wir dieses Ziel? An welchen Stellen müssen noch Wege gebaut und Brücken errichtet werden?

Klar ist, dass wir nicht von heute auf morgen auf Erneuerbare umsteigen können. Konventionelle Energieträger haben daher mittelfristig noch eine Aufgabe: Z.B. in KWK-Anlagen mit hohen Wirkungsgraden von bis zu 90 Prozent.

Das Entscheidende ist aber, dass alle Maßnahmen im Lichte dieses grundsätzlich vorgegebenen und gesellschaftlich weitgehend auch akzeptierten Ziels getroffen werden. Das ist wichtiger als eine isolierte Diskussion über Laufzeitverlängerung.

Ich sehe insbesondere zwei große Baustellen, die das Energiekonzept adressieren muss, um den Weg in das erneuerbare Zeitalter zu ebnen.

Erstens muss das Konzept im Dialog entstehen. Neue Wege des Austausches zwischen allen relevanten Akteuren und der Gesellschaft sind mehr als vordringlich, um wieder Vertrauen herzustellen – in langfristige und dann auch belastbare Regeln. Und das meine ich gar nicht abstrakt. Herr Geldmacher und andere Referenten haben zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass z. B. jenseits aller abstrakten Sonntagsreden über die Zukunft der Energiepolitik es z. B. in der Praxis ein regelrechter Häuserkampf tobt, wenn es um die Modernisierung und Erweiterung von Leitungen und Netzen geht. Wie wollen wir denn dieses sehr praktische Problem lösen, wenn es auf der politischen Ebene nur eine Kakophonie in Hinblick auf die künftige Energiepolitik gibt? Wie wollen wir denn Menschen davon überzeugen, durchaus persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen, wenn die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft noch nicht einmal den Eindruck vermitteln, zumindest im Prinzip am gleichen Strick und in dieselbe Richtung zu ziehen?

Wir haben es im Moment mit einer erheblichen Verunsicherung zu tun und das empfinde ich als ein wirklich großes Problem. Denn nur mit breiter öffentlicher Akzeptanz können die Ziele für den Aufbau einer nachhaltigen, dezentralen, erneuerbaren und wirtschaftlichen Energieversorgung tatsächlich erreicht werden. Mein größtes Problem, mit dem was wir heute hören über die Beschlussfassung der Bundesregierung, besteht nicht in der Frage: Sind es nun 12, 14 oder 18 Jahre Laufzeitverlängerung im Durchschnitt? Da habe ich meine Meinung, aber die will ich nicht in den Vordergrund stellen. Meine größte Sorge besteht darin, dass ich mir vorstelle, wie denn auf absehbare Zeit die Energiediskussion in Deutschland weitergehen wird. Das werden wir jetzt erleben.

Nachdem das Energiekonzept gewissermaßen unter das Primat des strittigsten Elements, nämlich der Laufzeitverlängerung, gestellt worden ist, wird jetzt erstmal ein großer gesellschaftlicher Konflikt anstehen, mit Demonstrationen und vielem anderen. Es wird eine sehr

streitige politische Diskussion geben. Der Bundestag wird voraussichtlich anders entscheiden als der Bundesrat. Und dann wird aller Voraussicht nach der Bundesrat in Sachen Zustimmungspflicht vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Übrigens nicht nur durch rot- und grünregierte, sondern auch durch schwarzregierte Länder. Und dann werden wir in zwei oder drei Jahren eine abschließende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erleben. Und bis dahin weiß niemand, ob das, was jetzt diskutiert wird, eigentlich Gültigkeit hat oder nicht.

Und man kann das Szenario auch weiterspinnen. Im Jahre 2013 sind die nächsten Bundestagswahlen. Nun weiß man auch da nicht, wie sie ausgehen mag, aber es könnte ja sein, dass eine neue Bundesregierung eine ganz andere Meinung zur Kernkraft hat als die amtierende und das Ganze dann wieder von vorne losgeht. Es gibt kaum eine Wirtschaftsbranche, die so stark angewiesen ist auf verlässliche Grundlagen für ihre Investitionen und ihre Geschäftspolitik, wie die Energiewirtschaft. Und mich treibt um, dass ich nicht sehe, wie dieser Bedarf an Verlässlichkeit durch die Politik tatsächlich abgedeckt wird. Ich habe da offengestanden erhebliche Zweifel.

Ausbau der Energienetze

Die zweite große Baustelle ist sicherlich der Ausbau der Energienetze. Wenn die Bundesregierung ihr Ziel ernst nimmt, bis 2050 eine nahezu vollständige Versorgung durch erneuerbare Energien zu haben, dann brauchen wir dafür die entsprechenden Stromnetze. Diesem Thema muss sich das Energiekonzept in allererster Linie widmen.

Die Anzahl der Anlagen wird gewaltig steigen, die in das Stromnetz einspeisen. Anfang 2009 waren es bereits fast eine halbe Million allein auf regenerativer Basis (Zahl BDEW). Klar ist: Die heutigen Netzstrukturen sind damit irgendwann überfordert. Wir benötigen leistungsfähigere und intelligentere Netze als heute. Dazu muss sich die Bundesregierung ganz klar positionieren. Und sie muss wiederum für Akzeptanz bei den betroffenen Bürgern werben, damit der Ausbau stattfinden kann – der erneuerbaren Energieversorgung von morgen zuliebe.

Die Netze der Zukunft bestehen aus weitaus mehr als aus großen „Stromautobahnen“ von Nord nach Süd, um die Küste mit den Verbrauchszentren zu verbinden. Auch auf der Ebene der Verteilnetze erfordert die Integration der erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2030 Investitionen von über 20 Milliarden Euro.

Notwendig ist zugleich der Umbau der Netze zu intelligenten Netzen, den so genannten Smart Grids. Und das betrifft zunehmend die Verteilnetze der Stadtwerke. Denn dezentrale erneuerbare Energie-Anlagen speisen vor Ort ein.

Durch Smart Grids können Spitzenlasten der erneuerbaren Energien aufgefangen und Energieeinsparungen leichter realisiert werden. Das Zusammenspiel von Erzeugung, Netz und Verbrauch vor Ort eröffnet ganz neue Möglichkeiten einer nachhaltigen Steuerung, so durch die Einbindung einer Vielzahl von Erzeugungsanlagen in ein virtuelles Kraftwerk.

Das Verteilnetz, das Energie bisher passiv weitergeleitet hat, wird aktiv und steuert Erzeugungsanlagen und Speicher direkt an. Ineffiziente Last- und Erzeugungsspitzen werden im Zusammenspiel aller Anlagen vermieden, Lastabschaltungen einzelner Anlagen deutlich seltener. Dadurch verbessert sich die Auslastung der bestehenden Erzeugungsanlagen erheblich – und auch das finanzielle Ergebnis.

Intelligente Netze sind die Zukunft – der Fortschritt der digitalen Informations- und Kommunikationstechniken macht vor den Energienetzen nicht Halt, die analoge Welt gehört immer mehr der Vergangenheit an. Viele neue Geschäftsfelder für Stadtwerke entwickeln sich zurzeit, die diese Intelligenz nutzen und befördern. So können Elektrofahrzeuge als Speicher für Lastspitzen eingesetzt werden. Viele Stadtwerke sind hier schon aktiv: Über 50 VKU-Mitglieder sind bereits elektromobil unterwegs. Intelligente Netze stützen sich auf breitbandige, hochleistungsfähige Kommunikationsnetze. Das ist die Chance auch in das Geschäftsfeld Glasfaser einzusteigen. Viele Stadtwerke gehen diesen Weg bereits.

Nicht zuletzt ermöglichen Smart Grids in Verbindung mit Smart Metern den Einstieg in das Geschäftsfeld Smart

Homes. Bei einer vor kurzem durchgeführten Befragung (ASEW-Marktforschungsstudie) kommen bei diesem Thema für über zwei Drittel der Menschen Stadtwerke als Ansprechpartner in Betracht. In Smart Homes fallen erhebliche Datenmengen an: 81 Prozent würden diese am ehesten Stadtwerken anvertrauen. Aufgrund dieser Vertrauensbasis sind Stadtwerke auch für dieses Geschäftsfeld prädestiniert.

Regulierung muss Netzausbau fördern

Beim Aufbau der Smart Grids haben wir aber ein großes Problem: Im System der Anreizregulierung werden die Kosten für den Aufbau intelligenter Netze noch nicht ausreichend anerkannt. Nach Schätzungen belaufen sie sich auf 400 Milliarden Euro für die europäischen Stromnetze bis 2020. Davon entfällt ein zweistelliger Milliardenbetrag auf die Verteilnetze der Stadtwerke.

Die Anreizregulierung verfolgt eine wesentliche Prämisse: Sparen um fast jeden Preis. Das passt nicht länger in die Landschaft. Daher müssen Investitionsanreize gesetzt und die Regulierung der Netze angepasst werden. Und das nicht nur auf der Ebene der Übertragungsnetze!

Lieber Herr Kurth, ich habe kürzlich in einem Interview von Ihnen den schönen Satz gelesen: „Die Netzagentur ist ein Hort der Vernunft.“ Darauf werden wir zurückkommen, wenn es um die Anerkennung der Investitionen in Smart Grids geht. Aber ich habe auch schon positive Signale von Ihnen vernommen und bin daher sehr optimistisch, dass wir uns da einig werden können.

Laufzeitverlängerung

Meine Damen und Herren, die wichtigen Themen für die Energiepolitik habe ich Ihnen genannt. Doch stattdessen dreht sich die derzeitige Debatte fast ausschließlich um die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken. Die Kernkraft wird im Koalitionsvertrag als Brücke in das regenerative Zeitalter bezeichnet. Die Brücke soll so lange

bestehen, bis die Erneuerbaren die Kernkraft ersetzen können.

Was dabei in der Debatte übersehen wird: Der bisher im Konsens vereinbarte Ausstieg ist bereits eine Brücke mit der notwendigen Länge. Denn bis das letzte Kernkraftwerk nach der geltenden Rechtslage abgeschaltet würde – so etwa 2022 – hätten die erneuerbaren Energien einen Anteil von 40 Prozent an der Stromversorgung erreicht. Nach Aussagen der Bundesregierung.

Eine Laufzeitverlängerung hätte negative Folgen für den Energiemarkt. Viele unserer Mitgliedsunternehmen würden ihre Investitionen in neue Erzeugungsanlagen auf den Prüfstand stellen. Zudem würden die im Vertrauen in die Energiepolitik und auf die Rechtslage getätigten Investitionen durch eine unkonditionierte Verlängerung abgewertet. Mehr noch: Durch verringerte Erträge aus diesen Anlagen schränken sie die Investitionsfähigkeit der Stadtwerke ein.

Die oligopolistischen Verhältnisse auf dem Erzeugungsmarkt würden durch eine Laufzeitverlängerung zementiert. Ich zitiere in diesem Zusammenhang gerne Herrn Dr. Böge, den ehemaligen Präsidenten des Bundeskartellamts: „Eine Laufzeitverlängerung befreit die Konzerne von Wettbewerbsdruck, erhält ihnen nicht nur ihre Markt- und Machtposition ohne eigene Anstrengungen, sondern baut sie sogar gegen die erklärte politische Strategie der Dekonzentration wieder aus“. Eine Laufzeitverlängerung festigt also nicht nur bestehende Strukturen. Sie schränkt den Wettbewerb sogar weiter ein!

Bei den Konzernen werden sich zudem erheblich Extragewinne anhäufen. Selbst bei einer Laufzeitverlängerung von nur 8 Jahren auf 40 Jahre gehen Schätzungen von einer Größenordnung von bis zu 60 Milliarden Euro aus. So ausgestattet, könnten die Konzerne ihre Vormachtstellung auf dem Energiemarkt komfortabel weiter ausbauen, zulasten des Wettbewerbs. Die Wettbewerbsaspekte einer Laufzeitverlängerung wurden in den Szenarien außen vor gelassen. Das gehört spätestens im Energiekonzept an erste Stelle!

Ob die Energiepreise für die Verbraucher sinken, wage ich zu bezweifeln. Auch die Energieszenarien zeigen: Egal in welcher Höhe, eine Laufzeitverlängerung hat langfristig keine signifikanten preisdämpfenden Effekte für Haushalte, Industrie sowie Gewerbe und Handel. Die Preise an der Energiebörse werden ohnehin nicht von der abbeschriebenen Kernenergie bestimmt. Die Szenarien können auch eine zweite These nicht untermauern: Eine Laufzeitverlängerung ist für einen anspruchsvollen Klimaschutz nicht notwendig.

Deshalb noch einmal sehr deutlich: Wenn überhaupt eine Laufzeitverlängerung, dann müssen wirksame Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden, sonst wird der aufkommende Wettbewerb für lange Zeit ausgebremst. Eine Möglichkeit wäre die Stilllegung fossiler Kraftwerke mit schlechten Wirkungsgraden.

Kernenergie ist keine Zukunftstechnologie! Neubauten wird es nicht geben. Dafür fehlt in der Bevölkerung jegliche Akzeptanz. Der Anteil der Kernenergie wird zwangsläufig sinken. Die Bundesregierung sollte daher die richtigen Wege und Brücken für die Zukunft bauen und nicht die Vergangenheit verlängern. Eine wichtige Brücke sind moderne Gaskraftwerke und BHKWs. Effizient und schnell regelbar. Diese Brücke sollte ausgebaut werden.

Schluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Energiewirtschaft und mit ihr die Stadtwerke stehen an einer Wegscheide. Erneuerbare Energien und das alte Energiesystem funktionieren auf Dauer nicht zusammen. Deshalb ist jetzt eine klare politische Entscheidung gefordert.

Stadtwerke stehen für den Citizen Value, das Wohl der lokalen Gemeinschaft. Das wird von den Bürgerinnen und Bürgern mit hohem Vertrauen honoriert. Politik sollte sich an den Menschen orientieren. Und daher den Ausbau erneuerbarer Energien forcieren und die Stadtwerke stärken.

Die Stadtwerke sind Partner der Politik. Wir stehen bereit, unseren Teil dazu beizutragen, die deutsche Energieversorgung bis 2050 - und darüber hinaus - zu sichern.

Vielen Dank!